



ARBEITSLOSE HELFEN ARBEITSLOSEN

Khevenhüllerstraße 4, 4020 Linz

Tel.: 0732/60 66 36 Mobil: 0676 / 32 35 356
www.vereinaha.at e-mail: VereinAhA@hotmail.com



Kulturpass OÖ
Ausgabestelle

Einleitung

Arbeitslos zu sein heißt nicht sich auf der sozialen Hängematte auszuruhen, sondern bedeutet puren Stress.

Die dauerhafte Suche nach Arbeit, die – wenn überhaupt – ständigen Absagen, die Kontrolltermine beim AMS, die geforderten Aktivbewerbungen, Vorstellungsgespräche, Kursmaßnahmen usw. sowie die Ungewissheit wie es weitergehen wird, zerran an den Nerven und am Selbstbewusstsein der Arbeitslosen. Dazu kommen noch die finanziellen, familiären und gesellschaftlichen Probleme die Arbeitslosigkeit mit sich bringt.

Der Druck, den das AMS ausübt, trägt nicht zur Stärkung des Selbstwertgefühls und zur Motivation bei. Auch das AMS und deren Arbeitnehmer stehen unter Druck und geben diesen an die Arbeitslosen weiter. Vielfach werden die Betroffenen nur mehr verwaltet.

Ist - Situation

- Arbeitslos macht arm, arm macht krank, krank macht arbeitslos.
- Junge finden keine Arbeit, Alte haben keine Arbeit mehr. Der Großteil an sozialen Leistungen wird von den 25 – 45 jährigen erbracht. Dass kann auf die Dauer nicht gut gehen.
- Dazu kommt noch, dass in heutiger Zeit eine längerfristige Lebensplanung nur mehr schwer möglich ist. Zeiten der Erwerbsarbeit werden durch Zeiten mit Arbeitslosigkeit unterbrochen (ca. 800.000 Menschen werden in Österreich im Jahr mindestens einmal arbeitslos).
- Das AMS ist der Zahl an Arbeitslosen immer weniger gewachsen. Ein großer Teil der AMS-Arbeit wird zur Verwaltung aufgebracht, für die Betreuung der Betroffenen bleibt immer weniger Zeit. Die Betroffenen werden hin – und her geschoben in sich oft wiederholenden Kursmaßnahmen. Qualifizierte Ausbildungen müssen oft von den Betroffenen eingefordert werden (wenn man weiß, welche Ausbildungen das AMS anbietet). Zumeist werden diese aber auch erst dann genehmigt wenn eine Beschäftigungszusage vorliegt.
- Mit Bezugssperren bzw. deren Androhungen wird oft sehr leichtfertig umgegangen. Schon bei Verdacht auf ein Fehlverhalten der Betroffenen wird der Bezug des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe eingestellt. Es gibt wenig Freiwilligkeit bei Kurszuteilungen bzw. bei Zuweisungen zu sozialökonomischen Betrieben (SÖB – Arbeitsprojekt des AMS). Das eigentliche Ziel der befristeten Arbeitsverhältnisse, nämlich den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt, wird immer weniger erreicht. Eine freiwillig gewünschte Nachbetreuung durch das Arbeitsprojekt (SÖB) ist nicht vorgesehen, weder bei den Wenigen die am 1. Arbeitsmarkt Arbeit gefunden haben, auch nicht bei denen die in sog. prekären Beschäftigungsverhältnissen landen.

Forderungen an das AMS

- Verbesserung der Betreuungsangebote durch das AMS
 - ◇ Die Betreuung der Arbeitslosen durch das AMS besteht vielfach in der Verwaltung dieser Menschen.
 - ◇ Der Hinweis auf ihre Pflichten ist zu wenig und stärkt nicht die Motivation und das Selbstvertrauen dieser Menschen. Wünsche nach echten Qualifizierungen werden zumeist mit der bisher ausgeübten Tätigkeit bzw. dem erlernten Beruf abgetan, auch dann, wenn –zig Bewerbungen für diesen Beruf nur Absagen gebracht haben.
 - ◇ Zu befürchten ist, dass ohne Aufstockung des AMS – Personals noch weniger Zeit für die Bedürfnisse der arbeitslosen Menschen gegeben ist und es zu noch mehr Androhungen von Bezugssperren für die Betroffenen führen wird.

Gefordert werden:

- ◇ Mehr Zeit für eine effiziente Betreuung. Nicht nur auf Pflichten, sondern auch auf Rechte und anderweitige soziale Unterstützungen hinweisen.
 - ◇ Mehr und rechtzeitige Vorinformationen über vorgesehene Kurse und Inhalte der Maßnahmen bzw. Zuweisungen zu einem SÖB (Arbeitsprojekt) mit den dort bestehenden Angeboten z.B. einen Tag der Offenen Tür für die verschiedensten Projekte.
 - ◇ Eingehen auf die Vorstellungen der Arbeitssuchenden wegen Weiterbildungs – und Qualifizierungsmaßnahmen und festhalten dieser im Betreuungsplan.
 - ◇ Freiwilligkeit bei Arbeitsprojekten (SÖB). Durch zeitbefristete Arbeit sollen Langzeitarbeitslose für den Arbeitsmarkt wieder „fit“ gemacht werden. Ziel ist die Arbeitsaufnahme am 1. Arbeitsmarkt schon während der Verweildauer im SÖB bzw. unmittelbar danach. Die Arbeit ist ein normales Arbeitsverhältnis bei AMS-nahen und von AMS geförderten Einrichtungen mit unterschiedliche vereinbarten Arbeitszeiten und einer gesetzlichen geregelten Entlohnung. Die „Oberhoheit“ über die vorübergehend Beschäftigten bleibt beim AMS. Verweigerung der Arbeitsaufnahme im Arbeitsprojekt, nicht kooperatives Verhalten sowie vorzeitiger Ausstieg ohne Arbeit am 1. Arbeitsmarkt zieht eine Bezugssperre von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe nach sich.
 - ◇ Gefordert wird eine Entscheidungsfreiheit arbeitsloser Menschen über die Nutzung der SÖB-Angebote sowie über die Verweildauer in diesen, ohne Sanktionen des AMS befürchten zu müssen. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses im SÖB ist eine Bestätigung der erworbenen Kenntnisse von Vorteil. Eine auf Freiwilligkeit beruhende Nachbetreuung der Menschen durch den SÖB wäre wünschenswert.
 - ◇ Qualität der Kursmaßnahmen. Bei Kursausschreibungen soll die Qualität und nicht der Billigpreis den Ausschlag geben. Besser eine Kursmaßnahme weniger als sich wiederholende Inhalte. Eine objektive und anonyme Qualitätsbeurteilung von AMS-Maßnahmen durch die Kursteilnehmer kann hier sehr hilfreich sein. Jedoch sind die Fragestellungen am Beurteilungsblatt sowie das Zustandekommen der Antworten zu hinterfragen.
 - ◇ Wir fordern, dass arbeitslosen Menschen 1 Jahr vor regulären Pensionsantritt keine Kursmaßnahmen oder Arbeitsprojekte aufgezwungen werden.
- Freiwillige echte Qualifizierungsmaßnahmen auch für ältere Arbeitslose. Dabei dürfen qualitative PC-Kurse und der Erwerb des Staplerscheins, beides Grundvoraussetzung für erfolgreiche Arbeitssuche, nicht von Einstellungszusagen abhängig gemacht werden.

- Mitspracherecht bei Kursen und Ausbildungen.
Die arbeitslosen Menschen wissen zumeist am besten welche Qualifizierungen ihnen fehlen. Zukünftig sollte es eine schriftliche Begründung des AMS geben, wieso eine qualifizierte Ausbildung verweigert wird. Diese Begründung sollte unaufgefordert ausgestellt werden.
- Bezugseinstellungen des AMS von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bis zu 8 Wochen darf es erst dann geben, wenn ein Fehlverhalten des Arbeitslosen erwiesen ist.
Derzeit wird schon bei Verdacht der Bezug eingestellt. In der Folge wird den Betroffenen die Möglichkeit zur Aufklärung bzw. Rechtfertigung gegeben. Erst ab dem Zeitpunkt der schriftlichen Bezugssperre kann rechtlich berufen werden. Wird der Berufung stattgegeben – was zu einem hohen Prozentsatz der Fall ist - wird das einbehaltene Arbeitslosengeld od. die Notstandshilfe nachbezahlt. Von der ungerechtfertigten Bezugssperre bis zur Nachzahlung können bis zu 6 Wochen vergehen. Wie der Betroffene in der Zwischenzeit seine Miete, seine Fixkosten und seinen Lebensunterhalt bestreitet wird nicht gefragt. Überbrückungshilfen wie z.B. vom Sozialamt gibt es nur in Einzelfällen, da auch dort Selbstverschulden angenommen wird. Gefordert wird: Bezugssperren erst bei erwiesenen Fehlverhalten!

Forderungen an die Politik

- Keine Anrechnung des Partnereinkommens bei sozialen Leistungen, hier insbesondere bei Notstandshilfe.

Übersteigt das Einkommen des im gleichen Haushalt wohnenden Partners einen bestimmten Betrag, wird die Notstandshilfe reduziert bzw. kommt nicht mehr zur Auszahlung. Zumeist sind davon Frauen betroffen. Dies schafft Abhängigkeiten, führt zur Armut bzw. Armutsgefährdung und widerspricht jedem Gleichheitsprinzip. Das Selbstwertgefühl wird stark verletzt wenn man den Partner um finanzielle Unterstützung ersuchen muß. Dies alles ist einem der reichsten Länder der Erde nicht würdig.

Gefordert wird die sofortige Abschaffung der bestehenden Anrechnung eines Partnereinkommens bei der Bemessung der Notstandshilfe und der damit verbundenen Benachteiligung und Zwangsbevormundung des arbeitslosen Partners. In Zeiten der Erwerbsarbeit werden von jedem die Sozialabgaben einbehalten, wenn dann der Versicherungsschutz in Form der Notstandshilfe benötigt wird, wird dieser nur eingeschränkt gewährt.

- Erhöhung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe sowie jährliche Anpassung.

Arbeitslosigkeit ist heute nicht mehr ein kurzfristiger Lebensabschnitt zwischen zwei Beschäftigungsverhältnissen. Zeiten der Arbeitslosigkeit treten öfter auf, dauern länger an, können jeden treffen. Bestehende Kreditraten nicht mehr zahlen sowie die Kosten für das tägliche Leben nicht mehr aufbringen zu können, erhöht die Gefahr dadurch in Armut zu kommen.

Gefordert wird die Erhöhung des Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe auf 75% der Nettoersatzrate, eine jährliche Anpassung derselben sowie auch der Bezug eines 13. und 14. Arbeitslosengeldes bzw. Notstandshilfe. Wenn schon in heutiger Zeit keine langfristige Lebensplanung mehr möglich ist, soll unverschuldete Arbeitslosigkeit nicht dazu führen Kredite nicht mehr rückzahlen zu können, kleinere Wohnungen zu suchen, den tägl. Lebensunterhalt massiv einschränken zu müssen. Auch würde sich die Wirtschaft bestimmt wehren wenn man aus Unsicherheit über den Arbeitsplatz jede Art der Raten- und Kreditgeschäfte ausschließen muss.

- Recht auf Urlaub.

Arbeitslosigkeit bedeutet Stress. Die Arbeitsuche mit den vielen Absagen, die Kontrolltermine beim AMS, die geforderten Aktivbewerbungen, die Zuteilung von Kursmaßnahmen sowie die unsicheren Zukunftsaussichten durch die Arbeitslosigkeit und daraus resultierende Verzweiflung

bedeuten puren Stress. Arbeitslosigkeit macht krank. Dazu kommen neben den finanziellen auch die familiären Probleme und gesellschaftliche Ausgrenzungen.

Erholung, einmal wieder abschalten können, keinen Druck verspüren sind wichtige Voraussetzungen wieder Mut zu fassen und aktiv zu werden.

Urlaub mit Fortzahlung von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe ist dringend erforderlich bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit. Die Politik ist auch in diesem Fall gefragt.

- Arbeitslosen-Interessensvertretung

Arbeitslose Menschen brauchen eine Vertretung die ihre Anliegen und Probleme wahrnimmt und an das AMS und an die Politik weiterleitet. Diese Forderung besteht schon viele Jahre. Es gibt diesbezüglich schon lange Zeit Zusagen aus der Politik sich dieses Themas anzunehmen, geschehen ist bisher noch nichts.

Forderungen an Politik und Wirtschaft

- Arbeitsplatzgarantie für Jugendliche.

Jungen Menschen ohne Ausbildung wird – so die Aussagen der Politiker – eine Lehrstelle garantiert. Dies gibt aber keine Gewähr dafür, dass nach dem Lehrabschluss ein Arbeitsverhältnis entsteht. Ebenso stehen Schulabgänger berufsbildender sowie Absolventen höherer Schulen oft ohne Anstellung da.

Hier ist die Politik und die Wirtschaft gefordert.

Die Politik muss die Arbeitsplätze garantieren und die Wirtschaft diese zur Verfügung stellen.

- Auch ältere Menschen sind wertvolle Arbeitskräfte.

Es kann nicht sein, dass überwiegend durch die 25-45 jährigen das Sozialsystem des Staates getragen wird. Die Jungen bekommen keine Arbeit, die Alten haben keine Arbeit mehr. Dabei fühlen sich die 50-jährigen Männer und schon gar nicht die 45-jährigen Frauen alt. Trotzdem haben es diese Altersgruppen schwer wieder Arbeit zu finden. Erfahrung und Zuverlässigkeit sind anscheinend nicht mehr gefragt. Echte Qualifizierungsmaßnahmen durch das AMS bedeuten da oft die letzte Chance am 1. Arbeitsmarkt wieder Arbeit zu finden. Diese Qualifizierungen dürfen nicht verweigert werden. Dabei gäbe es so viele Einsatzmöglichkeiten in den Betrieben wenn man sich dort nicht nur auf das Kerngeschäft beschränken würde. Auch wären ältere Menschen bestens geeignet ihre Erfahrungen und Betriebskenntnisse an die Jungen weiterzugeben.

- Arbeit von der man auch leben kann.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden immer mehr zur Normalität. Vor allem Frauen sind davon betroffen. In früheren Jahren waren diese Beschäftigungsformen gefragt als Zuverdienst zum fixen Einkommen des Partners. Heute sind diese Beschäftigungen die Regel. Mehrere solche Jobs sind notwendig um mit der Entlohnung überleben zu können. Variable Arbeitszeiten, Beschäftigung nach Bedarf usw. lassen keine Familienplanung und nicht genügend Zeit für die notwendige Kinderbetreuung zu. Und wenn sich dann einmal aus diesen schlecht bezahlten Jobs die Pension errechnet führt dies zu manifester Armut.

Gefordert ist die Wirtschaft Arbeitsplätze zu schaffen von denen man auch leben kann!

Sonstige Vorschläge

- Aufbau eines 2. Arbeitsmarktes für schwer vermittelbare Arbeitslose (Alter, Krankheit, usw.) auf arbeitsrechtlicher Basis.

kollektivvertragliche Entlohnung

nicht gewinnorientiert

Gewinne werden an die Arbeitnehmer aufgeteilt

Freiwilligkeit (freiwilliger Zugang, freiwilliger Verbleib, unbeschränkte Verweildauer)
für Menschen, die nicht mehr 100% bringen können.

Vorschlag: Pilotprojekt z.B. Eigenverwaltung eines Gasthauses bzw. Beherbergungsbetriebes.

- AMS soll eine eigene Leasingfirma gründen.

Das AMS könnte großer Konzern sein mit mehr als 300.000 verfügbaren Arbeitskräften der verschiedensten Berufsbranchen. Sicherlich wird es einen Aufschrei der Wirtschaft geben über die daraus entstehende Konkurrenz. Jedoch ist die Wirtschaft teilweise auch selber Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit.

Eine Alternative wäre dabei nur schwer vermittelbare Arbeitskräfte einzusetzen mit eigenen Betreuungsformen und Nischantätigkeiten die ansonst nicht gemacht würden.